

*Daniele Ganser, NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe, London, New York: Cass 2005, XX, 315 S., £ 75.00 [ISBN 0-7146-5607-0] Hb; £ 22.99 [ISBN 0-714-68500-3] Pb*

Die Antwort auf den »Blitzkrieg« ist der »kleine Krieg« der Partisanen, Untergrundbewegungen und Spezialeinheiten, der die überlegene Streitmacht des Gegners um die Früchte ihres schnellen Sieges bringt. Im Zweiten Weltkrieg hatten die Alliierten bei der Rückeroberung Europas von der Guerilla gegen die Deutschen

und deren Verbündete profitiert. Kein Wunder, wenn im beginnenden Kalten Krieg sowohl der britische wie der amerikanische Geheimdienst das vermeintliche Patentrezept kopierten. Denn bis weit in die 1950er Jahre glaubte niemand, den sowjetischen Streitkräften im Ernstfall die Besetzung großer Teile Westeuropas zu verwehren zu können. Folgerichtig schufen die USA und Großbritannien schon wenige Jahre nach Kriegsende konspirative Strukturen, die im Falle einer sowjetischen Invasion sofort den Untergrundkampf aufnehmen sollten. Es wurden nicht nur Personen Netzwerke aufgebaut, in den einschlägigen Techniken ausgebildet und in Übung gehalten. Vielmehr wurden auch Waffen, Sprengstoffe, Fernmeldegerät u.ä. in geheimen Depots eingelagert. Kaum war der Kalte Krieg vorüber, erfuhr die verdungerte Öffentlichkeit der westeuropäischen Staaten, dass diese Strukturen über Jahrzehnte hinweg in Takt geblieben waren. Gleichwohl folgten fast alle Regierungen auch jetzt noch dem vermeintlichen Gebot der Staatsräson, ihren Parlamentariern und Journalisten nur so viel mitzuteilen wie ohnehin nicht mehr zu verleugnen war.

Da die sowjetische Aggression ausgeblieben war, mussten die »Stay-behind«-Organisationen zwar nie ihre Probe aufs Exempel ablegen. Dafür hatten sie in verschiedenen Ländern eine fragwürdige innenpolitische Rolle gespielt; waren sie doch fast alle aus den konservativen bis rechtsradikalen, jedenfalls aber stramm anti-kommunistischen Milieus der jeweiligen Länder rekrutiert worden. Damit erhielten Rechtsradikale unter dem Deckmantel einer »offiziösen« Untergrundarmee nicht nur Zugang zu modernen Sprengmitteln und wurden von amerikanischen und britischen Geheimdiensten bzw. Sondereinheiten in ihrem Gebrauch unterwiesen. Vielmehr konnten sie sich oft der strafrechtlichen Verfolgung ihrer terroristischen Machenschaften entziehen, weil man Gefahr lief, damit Stay-behind womöglich europaweit zu enttarnen.

Freilich führten die Vereinigten Staaten den Kalten Krieg bekanntermaßen nicht nur mit Mitteln der Wirtschaftsdiplomatie und der militärischen Aufrüstung der eigenen Streitkräfte sowie der ihrer Verbündeten. Vielmehr versuchten sie, die Öffentlichkeit ihrer Verbündeten anti-kommunistisch zu beeinflussen. Das Sponsoring kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen aller Art gehörte ebenso zum Krieg um die Köpfe wie die gezielte Finanzierung von Personen und Organisationen aus dem Fonds der Geheimdienste. Was lag näher, als sich auch der Stay-behind zu bedienen, wenn man vermeintliche oder tatsächliche Parteigänger der anderen Seite im Visier hatte, denen man zutraute, das jeweilige Land aus dem Bündnis heraus und in die Arme Moskaus zu führen.

In einer veritablen Fleißarbeit hat der Schweizer Politologe Daniele Ganser Informationen über die Existenz der Stay-behind in allen westeuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten zusammengetragen. Wie alle anderen Autoren zum Thema westliche Geheimdienste steht freilich auch Ganser vor dem Dilemma, keinen wirklichen Zugang zu deren Akten zu besitzen. Folgerichtig schöpft auch er aus den üblichen Quellen: Regierungsverlautbarungen, parlamentarische Untersuchungsberichte, Memoiren, Zeitzeugeninformationen, Sekundärliteratur und nicht zuletzt Presseberichte und Fernsehproduktionen. Dies tut der Autor beeindruckend umfassend, selbst wenn ihm häufig nur wenige Quellen zur Verfügung stehen oder er (im Falle Dänemark) im Wesentlichen nur auf einen Pressebeitrag zurückgreifen kann. Dass er systematisch jeden Staat nacheinander abarbeitet, bietet dem Leser den Vorteil, sich rasch über die Verhältnisse im jeweiligen Land informieren zu können. Manche Unschärfe sieht vermutlich nur der Fachmann: Efisio Marras war 1951 italienischer

Generalstabschef, nicht Verteidigungsminister (S. 66). Die »Division Hermann Göring« war eine für den Erdkampf vorgesehene Luftwaffendivision, keine Einheit der Waffen-SS (S. 73). Der Chef des Generalstabes des belgischen Heeres war wohl eher Generalleutnant als Oberstleutnant (S. 130). Der vermeintlich »prominent Nazi« Reinhard Gehlen wurde 1945 auch nicht vom Counter Intelligence Corps, sondern vom Heeresnachrichtendienst der Amerikaner rekrutiert (S. 191). Die Hauptstadt Hessens ist Wiesbaden, nicht Frankfurt (S. 196). Joachim Kruse war nicht stellvertretender Chef des Bundesnachrichtendienstes, sondern des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (S. 204).

Problematischer ist, dass die strukturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Stay-behind eher im Hintergrund bleiben. Kaum überraschend, aber nichtsdestoweniger wichtig ist eine zentrale Erkenntnis, die sich dem Leser freilich nur indirekt erschließt: Die »offizielle« Konspiration wurde namentlich dort zur Gefahr für Bürger und Staat, wo die Demokratie und ihre Einrichtungen schwach waren und der Staat auf konspirative Verbindungen zwischen seinen offiziellen Sicherheitsorganen und rechtsradikalen Gruppen nicht verzichten zu können glaubte. Der Rezensent fühlte sich spontan an die Weimarer Republik erinnert. In Sorge vor feindlichen Nachbarn von außen und vor den Kommunisten von innen tolerierte die Republik, letztlich zu ihrem Schaden, eine Grauzone zwischen ihren Institutionen und ihren rechtsradikalen Gegnern im Zeichen von Revisionismus und Antikommunismus.

In großem Umfang bekannt wurde Stay-behind unter dem Codewort »Gladio« 1990 in Italien – einem traditionell von Klientelismus, krimineller und politischer Konspiration geprägten Land. Aufgrund seiner exponierten Lage im westlichen Lager und angesichts der vielleicht mächtigsten kommunistischen Partei außerhalb des Ostblocks wurde das Land rasch zum Objekt der fürsorglichen Belagerung durch die CIA. In enger Zusammenarbeit mit dem italienischen Militärgeheimdienst nahm Gladio – wo sich nicht zuletzt Veteranen des Faschismus versammelten – sofort den innenpolitischen Gegner ins Visier: Kommunisten und Sozialisten. Mit Billigung der CIA plant Militärgeheimdienst, Carabinieri und Gladio 1964 einen Staatsstreich, der im Ergebnis immerhin zu einer Kabinettsbesetzung führte. Einen erneuten Versuch 1970 blies womöglich das Weiße Haus ab. Zahlreiche Mitverschwörer setzten sich darauf in das Spanien des Militärdiktators Francisco Franco ab. Überhaupt wurden die beiden iberischen Diktaturen zu Rückzugsräumen lateineuropäischer rechtsradikaler Terroristen, die ihre Talente auch in den Dienst des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika stellten. Seit 1969 kam es in Italien immer wieder zu Terroranschlägen, die der Linken zugeschrieben wurden. Tatsächlich versuchten Rechtsradikale mit Gladio-Anschluss ein Klima der Angst zu schaffen, das den offenbar unaufhaltsamen Marsch der italienischen »Euro«-Kommunisten an die Macht aufhalten sollte.

Anders als Italien blieb Griechenland der Militärputsch nicht erspart, mit dem 1967 das Bündnis aus nationalem Militärgeheimdienst, Stay-behind und örtlicher CIA-Residentur dem absehbaren Wahlsieg der Linken zuvorkam. Auch in der Türkei führte die übliche Koalition aus pantürkischer Bewegung, Militärgeheimdienst, anti-kommunistischer Untergrundbewegung (»Anti-Guerilla«) und CIA-Repräsentanten den mehr oder minder blutigen Kampf gegen die Linke und unterstützte die Militärputsche von 1961, 1971 und 1980. In Belgien war noch in den 1980er Jahren eine vermeintlich kommunistische Terrorgruppe aktiv; eine Serie filmreifer Terroranschläge auf Supermärkte in den 1980er Jahren (»Brabant-Massaker«) ging

wohl ebenfalls auf das Konto einer Gruppe in der Grauzone zwischen staatlichen Geheimdiensten und Rechtsradikalen mit Kontakten zu amerikanischen Diensten. Freilich waren die Indizien recht vage.

Vergleichsweise ruhig blieb es dagegen in den skandinavischen Staaten, in den Niederlanden und in der Bundesrepublik. Schon 1952 hob die hessische Staatspolizei beherzt einen Stay-behind-Stützpunkt aus, den ehemalige Offiziere der Wehrmacht und der Waffen-SS mit amerikanischer Unterstützung betrieben. Allerdings entzog die Bundesanwaltschaft dann die Verschwörer der hessischen Justiz. Zum Leidwesen der Amerikaner versuchte Norwegen stets seine nationale Souveränität auch über Stay-behind zu wahren. Der deutsche Ableger war eine Filiale der 1956 als Bundesnachrichtendienst (BND) übernommenen »Organisation Gehlen« – und geriet damit bald unter Beobachtung des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes. Die stramm konservative BND-Sekretärin Heidrun Hofer belieferte einen falschen »Freiherrn« und einen vermeintlich nationalkonservativen Geheimbund mit nationalen und NATO-Dokumenten über Stay-behind. Eine andere Dame pflegte, so erzählt der ehemalige BND-Mitarbeiter Norbert Juretzko, spärlich bekleidet und bei offenem Fenster, gymnastische Übungen in einem Raum, welcher der deutschen Stay-behind-Zentrale gegenüber lag. Die BND-Mitarbeiter ließen sich die Gymnastikstunde nicht entgehen und wurden zur leichten Beute der Stasi-Teleobjektive. Überhaupt berichtet Juretzko (Bedingt Dienstbereit. Im Herzen des BND – die Abrechnung eines Aussteigers, Berlin 2004, S. 89–134) ganz anschaulich über die Praxis von Stay-behind in den 1980er Jahren.

Das Hauptproblem von Gansers Studie markiert bereits ihr Titel. Er suggeriert, die NATO habe Geheimbünde unterhalten, die ihr im günstigsten Fall aus dem Ruder gelaufen seien, möglicherweise aber auch gezielt verdeckten Terror gegen Kommunisten und Sozialisten in den westeuropäischen Ländern betrieben hätten. Dass das jüngst ins Leben gerufene NATO-Archiv keine einschlägigen Unterlagen ermitteln konnte, spricht zunächst nicht gegen diese Vermutung.

Freilich finden sich auch in den Altregistraturen des Supreme Headquarters Allied Powers Europe in Mons/Belgien keine Hinweise, obwohl dieses Hauptquartier bereits vom Brüsseler Pakt 1948/49 ein »Clandestine Planning Committee« bzw. später »Allied Clandestine Committee« (ACC) für die Vorbereitung der verdeckten Kriegführung übernommen hatte und dieses bis zum Ende des Kalten Krieges weiterführte. Vielmehr ist es die nüchterne Bewertung der von Ganser zusammengetragenen Fakten im Lichte der Erkenntnisse über die Rolle des NATO-Apparates selbst, welche gegen die Steuerung der Stay-behind/Gladio-Aktivitäten durch die NATO spricht. Denn das Bündnis war vor allem Koordinationsgremium. Erst im Bündnisfalle und nach Übertragung der Kommandogewalt (»transfer of authority«) hätte es die militärische Kommandogewalt übernommen. Das schließt freilich die Entwicklung gemeinsamer Einsatzgrundsätze für die Operationsführung durch den genannten Ausschuss ausdrücklich ein. Allerdings bot dieser Ausschuss den Vertretern der verschiedenen nationalen Geheimdienste eine Plattform, nicht nur ihre Stay-behind-Aktivitäten, sondern auch andere gemeinsame Anliegen auf europäischer und transnationaler Ebene abzusprechen. In diesem Sinne betonte die Bundesregierung 1990 die nationale Verantwortung für den deutschen Stay-behind-Ableger, unbeschadet der Mitarbeit im ACC. Nicht die NATO, sondern die CIA, der britische MI6 und ihre jeweiligen nationalen Partnerdienste waren die Schöpfer von Stay-behind. Da in vielen Fällen die nationalen Dienste erhebliche Schnittmengen mit rechtsradikalen Gruppen bildeten, mag das Bündnis der Kom-

plizenschaft dieser Spezies den Anstrich des ›Offiziellen‹ verliehen haben, ohne dass dies in der Absicht des Bündnisses selbst oder gar aller seiner Mitgliedsstaaten lag.

Nach landläufiger Auffassung der modernen Forschung war und ist die NATO auch, obgleich keineswegs ausschließlich, ein Instrument der amerikanischen Hegemonie. In diesem Sinne versteht Ganser Stay-behind/Gladio als eine manifeste Beschränkung der Souveränität der NATO-Mitgliedsstaaten: »Operation Gladio was the Breschnew doctrine of Washington« (S. 246). Das klingt ›reißerisch‹. Aber die Stay-behind-Netze wurden – wenigstens zeitweise und in vielen Fällen – von der CIA und dem MI6 gesteuert. Sie verwalteten offenkundig auch die zentrale Klarnamendatei der Agenten vor Ort, die sich untereinander ja nicht kannten. Auf diesen Kanälen konnten namentlich amerikanische Interessen an den offiziellen Stellen der betreffenden Länder vorbei verdeckt durchgesetzt werden. Denn die nationalen Regierungen wurden von der amerikanischen Regierung und von ihren eigenen Diensten offenkundig nur sehr allgemein über Stay-behind informiert.

Die Staatsräson gebot Stillschweigen auch den eigenen Volksvertretern gegenüber, sollte der ursprüngliche Zweck von Stay-behind nicht gefährdet werden. Mancher Politiker wird dieses Schattenreich nur widerstrebend hingenommen haben, in dem amerikanische Geheimdienstleute mit Angehörigen nationaler Sicherheitsdienste sowie mit rechtsextremistischen Politikern und Terroristen im Zeichen des Anti-Kommunismus gegen die Souveränität des eigenen Volkes konspirierten. Schließlich ist keineswegs immer erkennbar, wie weit das Vorgehen der CIA und ihrer Protagonisten von der amerikanischen Regierung veranlasst oder wenigstens gedeckt war. Umso wichtiger ist es, dass die Demokratien – bei allem notwendigen Schutz einzelner Personen und Quellen – den Historikern endlich die Pforten in die Archive ihrer Geheimdienste öffnen.

*Dieter Krüger*